

## Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/0044/2021**  
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich  
Datum: 11.05.2021

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung  
Aktenzeichen/Telefon: - Be - /1033  
Verfasser/-in: Dominik Erb, FDP-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschuss	18.05.2021	Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

### **Betreff:**

**Mehr Transparenz durch Einführung eines Livestreams  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 10.05.2021 -**

### **Antrag:**

„Der Magistrat wird beauftragt, eine Beschlussvorlage zur Änderung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung zu erarbeiten und bis zur ersten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung nach der Sommerpause vorzulegen, die folgenden Zielen Rechnung trägt:

1. Künftig sollen alle Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung live über die Homepage übertragen (Livestream) und Aufzeichnungen in Bild und Ton gefertigt (Aufnahme) werden. Auf Beschluss des jeweiligen Ausschusses soll dies auch für Ausschusssitzungen der Stadtverordnetenversammlung möglich sein.
2. Auf Wunsch der/des jeweiligen Rednerin/Redners sollen sowohl der Livestream als und die Aufnahme ohne besondere Begründung unterbrochen werden können (Button-Lösung), wobei die Regelungen zur Aufzeichnung zwecks Protokollierung unberührt bleiben.
3. Die in Zuge dessen gefertigten Bild- und Tonaufnahmen sollen den Fraktionen der/des jeweiligen Rednerin/Redners sowie Letzteren selbst zur Verfügung gestellt werden. Die Zurverfügungstellung an Dritte darf nur mit Einverständnis der jeweils abgebildeten Personen erfolgen.“

**Begründung:**

Der hohe Stellenwert von Bürgerbeteiligung wird aus guten Gründen regelmäßig überparteiisch betont und stellt inzwischen einen grundsätzlichen politischen Konsens dar. Eine verantwortungsvolle Bürgerbeteiligung setzt allerdings zwangsläufig voraus, dass sich die Bürgerinnen und Bürger möglichst einfach, flexibel und barrierefrei über die sie interessierenden politischen Debatten informieren können.

Zu verlangen, dass Bürgerinnen und Bürger werktags von 18 Uhr bis z.T. 24 Uhr einer Stadtverordnetensitzung persönlich beiwohnen bis der für sie relevante Tagesordnungspunkt aufgerufen und beraten wird, stellt ein enormes Hemmnis dar, geht an der Lebenswirklichkeit der Menschen vorbei und verkennt die Möglichkeiten der Digitalisierung. Auch der Verweis auf eine etwaige Berichterstattung durch die Presse ist nicht zeitgerecht.

Durch einen Livestream und im Nachgang veröffentlichte Aufzeichnungen der öffentlichen Sitzungen würde es Interessierten deutlich leichter gemacht werden, sich fundiert und aus erster Hand über das kommunalpolitische Geschehen zu informieren. Die Zurverfügungstellung der Aufzeichnungen ermöglicht zudem, dass die jeweiligen Fraktionen und Redner/innen ihren Teil dazu beitragen können, ihre ehrenamtliche Arbeit auch über digitale Medien in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken, wovon die kommunalpolitische Debatte insgesamt nur profitieren kann.

Bereits in der vergangenen Legislaturperiode wurde eruiert, dass sich die damit verbundenen Aufwendungen mit etwa 8.000 Euro p.a. im Rahmen halten und auch datenschutzrechtliche Belange einem solchen Vorhaben grundsätzlich nicht entgegenstehen. Die in vergangenen Debatten von Seiten der FDP-Fraktion zwar nicht geteilten, jedoch ernstgenommenen Bedenken einzelner Stadtverordneter anderer Fraktionen wird durch die im Antrag implementierte Button-Lösung Rechnung getragen.

Andere Kommunen machen es bereits vor. Es wird Zeit, dass auch das Gießener Stadtparlament sich den Möglichkeiten der Digitalisierung auch in Bezug auf die Transparenz seiner eigenen Arbeit öffnet.

Dominik Erb  
Fraktionsvorsitzender